



Innenausschuss

76. Sitzung (öffentlich)

18. Februar 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Nordrhein-Westfalen muss hessische Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und Einsatzkräfte unterstützen!** **5**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8979

– Zuziehung von Sachverständigen

- 2 Aktuelle Viertelstunde** **24**

Thema: Ermittlungen wegen Mordversuchs „nur ein Computerfehler“? – Wann sind die Fehler aufgefallen und wann werden die Betroffenen informiert und rehabilitiert? (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage)

Antrag
der Fraktion der PIRATEN

– Aussprache.

3 22. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht des 31
Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Vorlage 16/2934

Stellungnahme der Landesregierung zum 22. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheitsbericht

Vorlage 16/3580

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit 2015 – **Vorlage 16/2934** – und die **Stellungnahme der Landesregierung** hierzu – **Vorlage 15/3580** – zur Kenntnis.

4 Integration von Flüchtlingen umfassend und vorausschauend 45
gestalten – Krisenmodus bei der Flüchtlingsaufnahme darf Integration nicht behindern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9801

Ausschussprotokoll 16/1067

Die Beratung hat sich erledigt.

5 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes 46

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10493

Der **Ausschuss** beschließt, zu dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/10493** kein Votum abzugeben.

- 6 Kurdische Demonstranten stürmen Landtagsgebäude** **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3689
- Kurze Aussprache.
-
- 7 Ankündigung der Ministerpräsidentin nur Schall und Rauch oder tatsächliche Umsetzung des 15-Punkte-Plans: Aktueller Sachstand zur Umsetzung des „Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort“ aus der Landtagssondersitzung vom 14. Januar 2016 (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage)** **50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3690
- Aussprache.
-
- 8 Aktueller Sachstand zum SEK 3 in Köln (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage)** **60**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3693
- Der Ausschuss diskutiert mit den Vertretern der Landesregierung über verschiedene Fragestellungen.
-
- 9 Rocker in Nordrhein-Westfalen weiter auf dem Vormarsch: Aktueller Sachstand zur rasanten Ausbreitung der Rockergruppe „Osmanen Germania“ in Nordrhein-Westfalen und Rockeraktivitäten der „Brothers MC Salt City“ an Karneval (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage)** **62**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3691
- Diskussion.

10 Weitergabe vertraulicher Dokumente durch Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Innenministeriums 66

Bericht
der Landesregierung

Im Anschluss an den Bericht von LdsKD Dieter Schürmann (MIK) diskutiert der Ausschuss über verschiedene Fragestellungen.

11 Wann werden in Nordrhein-Westfalen „Ankunftszentren“ für Flüchtlinge eröffnet und wie wird sich durch diese Zentren das bisherige Aufnahmesystem aus EAE und ZUE verändern? 71

Bericht
der Landesregierung

– Kurze Aussprache.

11 Verschiedenes 72

– Beschluss einer Auslandsdienstreise des Ausschusses

Der **Ausschuss beschließt** einstimmig, im Laufe des Jahres eine **Auslandsdienstreise nach Italien** mit den genannten Themenschwerpunkten **durchzuführen**.

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10493

Vorsitzender Daniel Sieveke merkt an, die erste Lesung habe am 27. Januar 2016 stattgefunden. Federführend berate der Haushalts- und Finanzausschuss. Der Gesetzentwurf regle ausschließlich die Nichtanrechnung von Einkünften im Bereich des öffentlichen Dienstes bei Versorgungsempfängern, die im Rahmen der Mithilfe bei der Betreuung von Flüchtlingen in den Kalenderjahren 2016 und 2017 erzielt würden. Er frage, ob sich die Fraktionen in der Lage sähen, dem federführenden Ausschuss ein Votum zu geben. Der Haushalts- und Finanzausschuss werde den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 25. Februar 2016 beraten.

Theo Kruse (CDU) weist darauf hin, dass die Kollegen im federführenden Ausschuss HFA noch einige Nachfragen, auch zur Rechtslage im Vergleich zu anderen Bundesländern stellen wollten. Der Gesetzentwurf sei im Grunde nach unstrittig und werde wahrscheinlich Zustimmung erfahren. Er plädiere dafür, dass der Innenausschuss auf ein Votum verzichte.

Der **Ausschuss** beschließt, zu dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/10493 kein Votum** abzugeben.

